

Kleine Anfrage

des Abg. Daniel Lindenschmid AfD

Ausstattung und Sicherheit des Gemeindevollzugsdienstes in Baden-Württemberg

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Beschäftigte sind in den Gemeindevollzugsdiensten (GVD) in Baden-Württemberg insgesamt derzeit tätig?
2. In wie vielen Kommunen existiert ein organisierter GVD bzw. Kommunaler Ordnungsdienst (KOD)?
3. Welche Aufgaben nehmen diese Dienste regelmäßig wahr?
4. Wie viele Angriffe auf Beschäftigte des Gemeindevollzugsdienstes wurden in den letzten fünf Jahren registriert?
5. Welche Erkenntnisse liegen ihr über steigende Aggressionen gegen GVD-Beschäftigte vor?
6. Welche Einsatzmittel werden GVD-Bediensteten in Baden-Württemberg typischerweise zur Verfügung gestellt?
7. In welchen Kommunen werden Reizstoffsprühgeräte, Einsatzstöcke, Handfesseln, Distanzgeräte oder Schutzwesten eingesetzt?
8. Gibt es landesweite Empfehlungen oder festgelegte Mindeststandards zur Ausstattung?
9. Wie bewertet sie den Umstand, dass GVD-Bedienstete häufig allein eingesetzt werden?
10. Welche Maßnahmen zur Stärkung des Gemeindevollzugsdienstes werden derzeit in Betracht gezogen?

4.3.2026

Lindenschmid AfD

Begründung

Der Gemeindevollzugsdienst (GVD) übernimmt in Baden-Württemberg als Vollzugsdienst der Ortpolizeibehörden wichtige Aufgaben zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Dazu gehören unter anderem die Überwachung des ruhenden Verkehrs, die Durchsetzung kommunaler Polizeiverordnungen sowie ordnungsrechtliche Maßnahmen im öffentlichen Raum. Die gemeindlichen Vollzugsbediensteten nehmen dabei teilweise hoheitliche Aufgaben wahr und besitzen im Rahmen ihrer Tätigkeit die Stellung von Polizeibeamten nach dem Polizeigesetz des Landes.

In den vergangenen Jahren ist jedoch verstärkt über Aggressionen und tätliche Angriffe gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst berichtet worden. Auch Bedienstete kommunaler Ordnungs- und Vollzugsdienste sind von solchen Vorfällen betroffen. So kam es am 6. September 2024 in Konstanz zu einem tätlichen Angriff auf einen Mitarbeiter des Gemeindevollzugsdienstes im Rahmen einer Kontrolle im Halteverbot, wie im Presseportal des Polizeipräsidiums Konstanz unter der Überschrift „Tätlicher Angriff auf Gemeindevollzugsdienst-Mitarbeiter“ dokumentiert ist.

Zugleich berichten Kommunen und Beschäftigte über teils erhebliche Unterschiede bei Ausstattung, Einsatzorganisation und Sicherheitsstandards der Gemeindevollzugsdienste zwischen einzelnen Städten und Gemeinden. Vor diesem Hintergrund möchte die Kleine Anfrage die landesweite Situation in Bezug auf Ausstattung und Sicherheit des Gemeindevollzugsdienstes in Baden-Württemberg erfassen.